

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

der FDP-Fraktion

Extremismus konsequent bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die notwendige Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen weiterhin entschlossen zu führen. Um eine den aktuellen Erfordernissen entsprechende Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ zu gewährleisten, ist die Evaluation der bisherigen Maßnahmen und Erfolge notwendig. Daher wird die Landesregierung aufgefordert dem Landtag bis zum Ende des Jahres 2010 einen Bericht vorzulegen, der insbesondere folgende Schwerpunkte beinhaltet:
 - Darstellung der bisher durchgeführten Maßnahmen, Veranstaltungen, Publikationen und Konzepte
 - Bewertung der Wirksamkeit der bisherigen Ansatzpunkte und Maßnahmen
 - Hinweise für die Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ mit Blick auf die weiteren gesellschaftlichen Problemfelder wie Linksextremismus, Islamismus, Sekten und andere Gruppierungen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden
 - Hinweise für die Anpassung des Handlungskonzeptes mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen bei den Erscheinungsformen wie zum Beispiel mediale Präsenz (Internet, öffentliche Aktionen und Provokationen), Symbolik (Kleidung, Musik) und Organisationsformen
2. Der Landtag unterstützt die Bestrebungen der Bundesebene die Programme „Vielfalt-tut-gut“ und „kompetent. für Demokratie“ in geeigneter Form in 2011 und darüber hinaus fortzusetzen.

Begründung:

Das Land Brandenburg hat mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“, dem Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, dem Landespräventionsrat, den mobilen Beratungsteams und vielfältigen kommunalen Initiativen eine gute Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Brandenburg geschaffen.

Datum des Eingangs: 23.03.2010 / Ausgegeben: 23.03.2010

Die Grundwerte der pluralen Gesellschaft, insbesondere die freie Entfaltung der Person, Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, sind konstitutive Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie gilt es zu schützen und zu verteidigen. Jeglichem Extremismus, sei es Links- oder Rechtsextremismus, Islamismus u.ä., muss das Land Brandenburg entschlossen entgegenreten.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wurde 1998 als langfristiges und zeitlich unbefristetes Programm gestartet. Nach nunmehr 12 Jahren Laufzeit sollte es auf seine tatsächlichen Wirkungen evaluiert werden, um Erfolge herauszuarbeiten, aber auch um Hinweise für mögliche Anpassungen und Weiterentwicklungen des Handlungskonzeptes zu erhalten.

Die Bundesregierung hat angekündigt die Programme „Vielfalt-tut-gut“ und „kompetent. für Demokratie“ in 2011 mit gleicher finanzieller Ausstattung fortzusetzen. Die Bundesregierung plant zusätzlich Mittel für die Erforschung von Linksextremismus und islamistischen Extremismus bereitzustellen.

Prof. Dr. Johanna Wanka
CDU-Fraktion

Hans-Peter Goetz
für die FDP-Fraktion